

---

Eingereicht durch:	Eingang BVV:	25.11.2017
<b>Müller, Götz</b>	Weitergabe an BA:	27.11.2017
<b>Fraktion der CDU</b>	Fälligkeit (Eingang BVV):	11.12.2017
	Fristverlängerung:	
Antwort von:	Erledigt:	19.12.2017
<b>Abt. Wirtschaft, Ordnung, Schule und Sport</b>		

---

## **Parkraumbewirtschaftungszone 51 und die ansässigen Unternehmen**

Ihre Anfrage beantworte ich wie folgt:

- 1. Wie viele Parkraum Vignetten für Mitarbeiter der dort ansässigen Unternehmen wurden in der Zone 51 an wen aus welchen sachlichen Gründen erteilt? Ich bitte um Zählung und exakte und ausführliche Darstellung des Ergebnisses inklusive Darstellung der jeweiligen sachlichen Gründe in tabellarischer Form.***

Eine genaue Aussage über die Anzahl der erteilten Ausnahmegenehmigungen nach einzelnen Bewilligungsgründen kann nicht getroffen werden. Eine derartige statistische Erfassung findet nicht statt. Es werden monatlich nur die insgesamt gestellten Anträge gezählt.

- 2. Das BA erläutert in der Beantwortung zur Mündlichen Anfrage DS/0449/V, dass zum Beispiel Schichtdienst eine Erteilung einer Vignette begründen kann. Aus welchen sachlichen Gründen wurden die Anträge der in Schichtarbeit arbeitenden Mitarbeiter der Taxizentrale Berlin nicht erteilt?***

Wenn die Anfangs- und Endzeiten der Schichten so ungünstig liegen, dass eine An- und Abreise vom Arbeitsplatz mit öffentlichen Verkehrsmitteln unzumutbar erscheint, kann eine Ausnahmegenehmigung erteilt werden.

Berücksichtigt werden allerdings nur Schichtzeiten, die weit vor 06:00 Uhr beginnen und/oder weit nach 0:00 enden. Auch muss zu erkennen sein, dass die Schichtzeiten regelmäßig und wiederkehrend sind.

Die Voraussetzungen zur Erteilung einer Ausnahmegenehmigung sind vor Erteilung restriktiv zu prüfen. Die überwiegende Anzahl der Mitarbeitenden der Taxizentrale Berlin arbeitet nicht zu ungünstigen Arbeitszeiten bzw. sind die nachgewiesenen Schichtzeiten nicht wiederkehrend.

- 3. Welche anderen Gründe (außer Schichtdienst) können die Erteilung einer Parkraumvignette ermöglichen? Ich bitte um abschließende Aufstellung.***

Neben der Leistung von Schichtarbeit gibt es nur einen weiteren im Leitfaden geregelten Grund zur Erteilung von Ausnahmegenehmigungen für die Beschäftigten eines in einer Parkzone liegenden Betriebes.

Wenn die Mitarbeitenden körperlich soweit eingeschränkt sind, dass ihnen die Nutzung des Nahverkehrs unzumutbar erscheint, kann eine Ausnahmegenehmigung zum Erreichen des Ar-

beitsplatzes erteilt werden. Dies ist durch einen ausführlichen schriftlichen Antrag, dem ein entsprechendes fachärztliches Attest beigelegt ist, zu belegen.

Außerhalb der Festlegungen des Leitfadens können vom Antragsteller auch im Rahmen des Antragsverfahrens weitere Bewilligungsgründe aufgrund der aktuellen Lebenssituation vorgetragen werden (z.B. kurzfristige akute Pflege von erkrankten Angehörigen).

#### **4. Steht die Entscheidung über die Erteilung der Vignetten im Ermessen des BA?**

Die Verkehrlenkung Berlin hat mit dem Leitfaden zur Parkraumbewirtschaftung das Ermessen lenkend und bindend eingeschränkt.

Damit soll eine berlinweit einheitliche Verwaltungspraxis erreicht werden.

Innerhalb des durch den Leitfaden gesetzten Rahmens entscheidet die jeweilige Straßenverkehrsbehörde selbstständig über die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen.

#### **5. Wenn ja, welche Kriterien sind für die im Rahmen der Ermessensentscheidung anzustellende Abwägung ausschlaggebend? Ich bitte auch hier um abschließende Aufstellung.**

(Siehe dazu Beantwortung der Fragen 2 und 3.)

Grundsätzlich sind die persönlichen und sachlichen Voraussetzungen zu prüfen und in die Ermessensentscheidung mit einzubeziehen und immer vom Einzelfall abhängig.

Eine abschließende Aufstellung kann es deshalb nicht geben.

#### **6. Welche Ermessensgrundsätze beinhaltet der in der Beantwortung zur DS/0449/V (1. Nachfrage) erwähnte Leitfaden der Verkehrlenkung Berlin?**

Davon ausgehend, dass hier nicht reines Verwaltungsrecht gefragt ist, verweise ich auf den Leitfaden der VLB und die Ausführungen dazu in Punkt 4.

Die Verkehrlenkung Berlin hat hier grundsätzliche Regelungen für das Verwaltungshandeln im Themenbereich Erteilung von Parkvignetten und Ausnahmegenehmigungen im Rahmen der Parkraumbewirtschaftung getroffen.

Einer der dort genannten Grundsätze ist z.B., dass jeder in der Parkraumbewirtschaftung ansässige Betrieb zunächst nur Anspruch auf eine Betriebsvignette hat.

Ein weiterer Grundsatz ist, dass die einzelnen Mitarbeiter eines solchen Betriebes keinen Anspruch auf eine Ausnahmegenehmigung zum Parken am Betriebssitz haben.

Der Leitfaden enthält viele solcher durch die Praxis entstandene Fallkonstellationen, die für die Straßenverkehrsbehörden bindend sind. Viele dieser Regelungen sind auch durch Rechtsprechung entstanden.

Der Leitfaden selbst ist mehrfach durch das Verwaltungsgericht Berlin bestätigt worden.

#### **7. Was bedeutet „restriktive Einzelfallprüfung“ konkret? Welche Voraussetzungen werden hier in welcher Weise mit welcher Wertigkeit „konkret“ geprüft?**

Eine restriktive Einzelfallprüfung bedeutet eine strenge / beschränkende Prüfung.

Geprüft werden die Anspruchsvoraussetzungen für die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung für das gebührenfreie Parken in einer parkraumbewirtschafteten Zone. Zudem können vom Antragsteller auch im Rahmen des Antragsverfahrens weitere Bewilligungsgründe aufgrund der aktuellen Lebenssituation vorgetragen werden.

Jeder Antrag unterliegt einer Einzelfallentscheidung. Wie hoch die Wertigkeit eingestuft wird, kommt auf die Antragsbegründung an. So ist z.B. ein Antrag zur Erleichterung der Berufsausübung anders zu werten als ein Antrag der die Fortführung einer beruflichen Tätigkeit trotz einer gesundheitlichen Einschränkung ermöglicht.

Andy Hehmke